

Beschlussvorlage für die xxx Sitzung des Landesvorstands DIE LINKE Thüringen

DIE LINKE Thüringen schließt sich dem [Forderungspapier](#) „Menschenrechte erhalten! Schutzsuchende evakuieren!“ an und unterstützt die darin erhobene Forderungen.

Darüber hinaus fordert DIE LINKE Thüringen vor dem Hintergrund des Kriegs in der Ukraine und den daraus resultierenden Fluchtbewegungen sowie der gegenwärtigen Asyl- und Migrationspolitik:

- einen Neustart der EU Asyl- und Migrationspolitik. Die aktuelle Bereitschaft zur solidarischen Aufnahme und humanitären Hilfe ist Beweis dafür, dass eine menschenwürdige Asylpolitik in der Europäischen Union möglich ist, wenn sie politisch gewollt ist. Solidarität ist unteilbar. Alle Schutzsuchenden die vor Krieg, Gewalt und existenzieller Not fliehen muss der gleiche Schutz gewährt werden. Trotz der aktuellen Katastrophe dürfen die Menschen, die an den europäischen Außengrenzen festsitzen oder zurückgewiesen werden nicht vergessen werden.
- ein Ende der diskriminierenden und rassistischen Praxis und der Ungleichbehandlung zwischen Geflüchteten der Ukraine und nicht-ukrainischen Staatsbürger:innen (bspw. jenen aus dem Globalen Süden (z.B. Afghanistan, Eritrea oder Somalia)). Auch Nicht-Ukrainier:innen müssen den vorübergehenden Schutz im Sinne der EU-Massenzustrom-Richtlinie erhalten statt auf das Asylverfahren verwiesen zu werden.
- aufenthaltsermöglichende Lösungen für Arbeitnehmer:innen und Studierende aus Drittstaaten, die gegenwärtig aus der Ukraine fliehen. Sie fallen zurzeit vollständig aus dem Schutzversprechen der EU, indem sie zwar einreisen dürfen, aber nur, um ihre zeitnahe Weiterreise in ihre Herkunftsländer anzutreten. Diese Praxis muss sofort gestoppt werden!
- sofern z.B. afrikanische Gaststudierende aus der Ukraine aufgrund ihrer Hautfarbe an der polnischen Grenze abgewiesen werden, dort ein energisches Gegensteuern seitens der Verantwortlichen erfolgt, sodass allen Schutz gewährt werden kann die Schutz benötigen.
- Dass die Bundesregierung die Möglichkeit schafft, dass Soldat*innen oder Wehrpflichtigen aus Russland, der Ukraine und Belarus sich dem Kriegsdienst entziehen durch eine Anerkennung des Geflüchtetenstatus erhalten.

-